

Spezial-Synopse

Kantonsratsbeschluss betreffend die solidarische Finanzierung der Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Asylstatus

[M09] Antrag des Regierungsrats vom 25. März 2025; Vorlage Nr. 3899.2 (Laufnummer 18094)	[M10K1] Antrag der Bildungskommission vom 13. Juni 2025; Vorlage Nr. 3899.3 (Laufnummer 18294)
Kantonsratsbeschluss betreffend die solidarische Finanzierung der Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Asylstatus	
<p><i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i></p> <p>gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894[BGS 111.1],</p> <p><i>beschliesst:</i></p>	
I.	
<p>§ 1 Solidarische Finanzierung der Beschulung in der Regelklasse</p> <p>¹ Die Finanzierung der Beschulung aller schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen mit Asylstatus erfolgt solidarisch zwischen den Einwohnergemeinden ab dem freiwilligen Kindergarten.</p> <p>² Für die solidarische Kostenverteilung unter den Einwohnergemeinden werden pro Schülerin und Schüler pauschal 4000 Franken vierteljährlich proportional zur Wohnbevölkerung unter den Einwohnergemeinden aufgeteilt. Ab dem Inkrafttreten dieses Beschlusses wird die Pauschale analog zur Teuerungszulage an das Staatspersonal angepasst.</p> <p>³ Der Kanton beteiligt sich mit einer Normpauschale pro Schülerin und Schüler an den Kosten der Beschulung.</p>	<p>§ 1 Solidarische Finanzierung der Beschulung in der Regelklasse <u>im Regelschulbereich</u> (Überschrift geändert)</p>
<p>§ 2 Solidarische Finanzierung der Integrationsklassen</p> <p>¹ Die Finanzierung von Integrationsklassen auf der Primarstufe sowie auf der Sekundarstufe I für Kinder und Jugendliche mit Asylstatus erfolgt solidarisch zwischen den Einwohnergemeinden.</p>	

[M09] Antrag des Regierungsrats vom 25. März 2025; Vorlage Nr. 3899.2 (Laufnummer 18094)	[M10K1] Antrag der Bildungskommission vom 13. Juni 2025; Vorlage Nr. 3899.3 (Laufnummer 18294)
<p>² Für eine Integrationsklasse der Primarstufe werden einer Standortgemeinde 28'000 Franken pro Monat vergütet. Für eine Integrationsklasse der Sekundarstufe I werden einer Standortgemeinde 30'000 Franken pro Monat vergütet. Ab dem Inkrafttreten dieses Beschlusses werden die Pauschalen analog zur Teuerungszulage an das Staatspersonal angepasst.</p> <p>³ Der Kanton beteiligt sich mit einer Normpauschale pro Schülerin und Schüler an den Kosten der Integrationsklassen. Liegt die Schülerinnen- und Schülerzahl unter 14, gleicht der Kanton die Differenz zum Gesamtbetrag, der dem Produkt aus 14 und der Normpauschale entspricht, aus. Der durch die Normpauschale nicht gedeckte Teil der Kosten wird unter den Einwohnergemeinden gemäss ständiger Wohnbevölkerung anteilmässig aufgeteilt.</p> <p>⁴ Die Schulstandorte und die Anzahl Klassen werden insbesondere unter Berücksichtigung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen und auf Antrag der jeweiligen Einwohnergemeinden durch die Direktion für Bildung und Kultur festgelegt.</p>	
<p>§ 3 Erfassung Regel- und Integrationsklassen</p> <p>¹ Es ist systematisch zu erfassen, welche Kinder und Jugendlichen eine Regel- und welche eine Integrationsklasse besuchen.</p> <p>² Kinder und Jugendliche, die in einer Integrationsklasse beschult werden, werden ausschliesslich über die entsprechenden Pauschalen der Integrationsklassen abgerechnet.</p>	<p>§ 3 Abs. 1 (geändert) Erfassung Regel-der Schülerinnen- und Integrationsklassen<u>Schülerzahlen</u> (Überschrift geändert)</p> <p>¹ Es ist systematisch zu erfassen, welche Kinder und Jugendlichen eine Regel-<u>Klasse des Regelschulbereichs</u> und welche eine Integrationsklasse besuchen.</p>
<p>§ 4 Solidarische Finanzierung der Sonderschulung</p> <p>¹ Die Finanzierung der Kosten aus der Sonderschulung von Schülerinnen und Schülern mit Asylstatus erfolgt solidarisch gemäss ständiger Wohnbevölkerung zwischen den Gemeinden.</p>	
<p>II.</p>	
<p><i>Keine Fremdänderungen.</i></p>	

[M09] Antrag des Regierungsrats vom 25. März 2025; Vorlage Nr. 3899.2 (Laufnummer 18094)	[M10K1] Antrag der Bildungskommission vom 13. Juni 2025; Vorlage Nr. 3899.3 (Laufnummer 18294)
III.	
Der Erlass BGS 412.118 , Kantonsratsbeschluss betreffend Integrationsklassen auf der Primarstufe und Sekundarstufe I für Kinder und Jugendliche aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich vom 24. November 2016, wird aufgehoben.	
IV.	
Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 34 der Kantonsverfassung[BGS 111.1]. Er tritt nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist (§ 34 Abs. 2 der Kantonsverfassung) oder nach der Annahme durch das Stimmvolk nach der Veröffentlichung im Amtsblatt an dem vom Regierungsrat bestimmten Zeitpunkt in Kraft.	
Zug, Kantonsrat des Kantons Zug Der Präsident Stefan Moos Die stv. Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart	